

Raul Zelik/Aaron Tauss (Hrsg.) **Andere mögliche Welten?**

Krise, Linksregierungen, populäre Bewegungen:
Eine lateinamerikanisch-europäische Debatte

A silhouette of a person climbing a tall, narrow ladder against a bright sunset sky. The sun is low on the horizon, creating a strong backlight effect. The person is positioned in the lower half of the frame, reaching up towards the top of the ladder. The sky is a mix of blue and orange, with some clouds. The overall mood is one of aspiration and struggle.

VSA

Raul Zelik / Aaron Tauss (Hrsg.)
Andere mögliche Welten?

Raul Zelik / Aaron Tauss (Hrsg.)

Andere mögliche Welten?

Krise, Linksregierungen, populäre Bewegungen:
Eine lateinamerikanisch-europäische Debatte

www.vsa-verlag.de

Die Arbeiten an diesem Buch wurden von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Quito, und der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften der Nationaluniversität Kolumbiens in Medellín gefördert.



© VSA: Verlag 2013, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Umschlagfoto: Luthien./photocase.com
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck Hamburg
ISBN 978-3-89965-534-6

Inhalt

Raul Zelik/Aaron Tauss

Einleitung 7

1. Teil: Repräsentationskrise, Staat, neue politische Subjekte

Klaus Meschkat

Demokratie neu denken 14

Die rätendemokratische Debatte
und ihre politische Relevanz heute

Andrés Antillano

Von der Demokratie der Straße zu den Consejos Comunales 29

»Demokratie von unten« in Venezuela

Patricia Chávez

Der politische Prozess in Bolivien 48

Dilemmata und Spannungen zwischen
Staat und sozialen Bewegungen

Raul Zelik

Von Konstellationen und Hegemonien 63

Über die Notwendigkeit, zwischen Linksregierungen
und emanzipatorischer Politik zu unterscheiden

Leopoldo Múnera

Soziale Bewegungen in Lateinamerika 81

Zwischen der Form »Gemeinschaft« und der Form »Staat«

Joachim Hirsch

Radikaler Reformismus 95

Zur Rolle des Staates in gesellschaftlichen
Emanzipationsprozessen

2. Teil: Alternativen zur Entwicklung, solidarische Ökonomie und Gemeineigentum

Pablo Ospina Peralta

Temporäre Versprechen:

Der Wechsel im Akkumulationsregime in Ecuador 108

Vorhaben und Praxis der »Bürgerrevolution«

Elmar Altvater

Wachstum, Energiemodell und Kapitalakkumulation

nach Fukushima 129

Jairo Estrada Álvarez

Zur politischen Ökonomie

der Sozialpolitik in Lateinamerika 151

Reflexionen über die progressiven Regierungen
des Subkontinents

Christian Siefkes

Peer production & Commonism 169

Von der freien Softwarebewegung
zur »freien Assoziation der ProduzentInnen«?

Aaron Tauss

Argentiniens besetzte Betriebe 180

Das emanzipatorische Potenzial
und die Grenzen der Arbeiterkontrolle

Autorinnen und Autoren 196

Einleitung

Slavoj Žižek hat einmal behauptet, dass es heute leichter ist, sich das Ende der Welt als ein Ende des Kapitalismus vorzustellen – als bliebe dieser auch dann noch »erhalten, wenn alles Leben auf dem Planeten« ausgelöscht ist.¹ Tatsächlich verfügen wir über ein reiches, von Hollywood bereitgestelltes Bilderarsenal der Apokalypse – Independence Day, 2012, Krieg der Welten, Armageddon –, wagen es gleichzeitig jedoch kaum, ein viel realistischeres Szenario zu denken: den Zusammenbruch des Kapitalismus. In der Finanzkrise von 2008 stand die Welt kurz vor dem Kollaps der Finanzsysteme und damit auch der globalen Märkte. Trotzdem haben danach nur wenige den Versuch unternommen, über eine gesellschaftliche Organisation jenseits von Akkumulationszwang und Dominanz der Märkte nachzudenken.

Nun gibt es in den kritischen, auf Marx zurückgehenden Sozialwissenschaften eine problematische Tradition des Katastrophismus. Manche Marxisten reden schon so lange vom »Spätkapitalismus«, dass dieser, als der Begriff aufkam, noch recht jung gewesen sein muss. Der »real existierende Kapitalismus« hat die meisten seiner Untergangspropheten überlebt. In diesem Zusammenhang lohnt es sich, an Joseph Schumpeter zu erinnern, der einst behauptet hat, der Kapitalismus werde nicht an seinen Krisen scheitern, die ihn immer wieder zu innovativen Transformationsprüngen zwingen, sondern sich zu Tode siegen. Er tendiere nämlich dazu, die gesellschaftlichen und natürlichen Rahmenbedingungen zu zerstören, die seine Existenz überhaupt erst ermöglichen. Ob Schumpeter historisch recht behalten wird, sei dahingestellt. Sicher ist jedoch, dass Gesellschaftskritik sich davor hüten sollte, immer wieder von Neuem ins Weltuntergangshorn zu stoßen.

Dennoch gibt es gute Gründe für die Annahme, dass sich die Krise heute von anderen Krisenmomenten unterscheidet. Ein erster, sofort sichtbarer Unterschied besteht darin, dass sich im Augenblick wirtschaftliche, soziale, ökologische und politische Krisendynamiken überlagern. Alex Demirović und andere² haben das als »multiple Krise« bezeichnet: Die globale Finanz-

¹ Žižek, S. (1999): Human Rights and Its Discontents. Speech on the European Graduate School, online unter: <http://www.egs.edu/faculty/slavoj-zizek/articles/human-rights-and-its-discontents/>, 20.9.2010.

² Demirović, A./Dücker, J./Becker, F./Bader, P. (2011): Vielfachkrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg: VSA: Verlag.

krise schwelt unvermindert weiter, weil staatlich finanzierte Bankenrettungsprogramme, die Niedrigzinspolitik der Notenbanken und die Gründung gesellschaftlich getragener »Bad banks« dafür gesorgt haben, dass die spekulativen Kapitalblasen fortbestehen und sogar weiter aufgebläht werden konnten. Diese Krisenstrategie hat die staatliche Verschuldung in einigen Ländern explosionsartig steigen lassen. Dass Länder wie Spanien oder Irland, die zu Beginn der Finanzkrise eine *geringere* Schuldenquote als Deutschland aufwiesen (oder, wie Spanien, nach wie vor aufweisen), internationale Rettungskredite in Anspruch nehmen mussten, hatte in erster Linie damit zu tun, dass sie den drohenden Konkurs einheimischer Privatbanken abwenden sollten.

Durchgesetzt wurde diese Verstaatlichung der drohenden Finanzverluste von den einheimischen Eliten, aber auch von großen deutschen, französischen und englischen Banken, die ihrerseits enge Kapitalverflechtungen mit den Banken der Krisenländer besitzen. Heute bezahlen dort weite Teile der Gesellschaft mit Verarmung, was die Finanzwirtschaft an Ausfallrisiko nicht tragen will.

Auch das internationale Währungssystem steht weiter unter gewaltigem Druck. Der Absturz des Dollars, der aufgrund der internationalen Handelsverschiebungen schon länger vorhergesagt wird, ist ausgeblieben – nicht zuletzt aufgrund des fortgeführten Euro-Dramas und der währungspolitischen Unentschlossenheit Chinas, das über gewaltige Dollar-Anlagen verfügt und bei einer Verdrängung der US-Währung beträchtliche Verluste befürchten müsste.

Dazu kommen viertens die sozialen Krisen, die im Kapitalismus zwar selten eine Nachricht wert, aber nicht weniger beunruhigend sind: Nach Angaben der Vereinten Nationen wächst die weltweite Armut trotz eines leichten relativen Rückgangs in absoluten Zahlen weiter. Ein Siebtel der Weltbevölkerung, etwa eine Milliarde Menschen, leidet an Hunger, während gleichzeitig große Anbauflächen – im Zuge des *Land Grabbing* – der Bodenspekulation überlassen und Agrarkonzernen übereignet oder für die Herstellung von »klimaneutralen« Biokraftstoffen umgewidmet werden. Die Reichtumskonzentration erlangt immer absurde Ausmaße; die daraus resultierenden Migrationsströme werden von der westlichen Staatengemeinschaft, der selbsterklärten Hüterin von Demokratie und Menschenrechten, mit der massiven Militarisierung von Außengrenzen und einer an afrikanische und asiatische Länder outgesourceten Kontrolle der Migrationsrouten beantwortet.

Auch politisch wanken die etablierten Regulationsformen. Die Legitimationskrise der politischen Klasse hat mittlerweile auch die (immer noch sa-

turierten) Industriestaaten erreicht. Immer mehr Menschen teilen die – von Colin Crouch ein wenig oberflächlich unter dem Begriff »Postdemokratie«³ verhandelte – These, dass die politischen Institutionen heute vor allem von Eliten kontrolliert werden und der Parlamentarismus auf die Funktion reduziert ist, Legitimation für bereits getroffene Entscheidungen zu organisieren. Die Bewegung 15M in Spanien oder die anhaltenden Proteste in Griechenland sind ein Hinweis darauf, dass den europäischen Staaten ein ähnlicher Kollaps der Repräsentationssysteme bevorstehen könnte, wie er in Lateinamerika zwischen 1990 und 2006 zu beobachten war. Da in Europa auch rechtspopulistische und rassistische Projekte von diesem Kollaps profitieren würden, ist das nicht zwangsläufig eine erfreuliche Perspektive.

Doch um es noch einmal zu betonen: Die Geschichte des Kapitalismus ist seit jeher von Finanz-, Schulden-, sozialen und politischen Krisen bestimmt gewesen, ohne dass dies einen System-Crash nach sich gezogen hätte. Der Kapitalismus versteht es, Krisen und sozialen Widerstand als Modernisierungsimpuls zu nutzen und durch grundlegende Anpassungen der ökonomischen und gesellschaftlichen Regulation zu beantworten. Wenn die »multiple« Krise heute dennoch eine »systemische« Dimension besitzt, dann deshalb, weil zu den alten, inneren Widersprüchen ein weiteres, sozusagen äußeres Problem hinzukommt: Wir leben in einem endlichen Raum und einer begrenzt belastungsfähigen Natur. Der Kapitalismus jedoch beruht auf unbegrenzter Inwertsetzung und unendlicher monetärer Akkumulation. Es liegt auf der Hand, dass das auf Dauer nicht gutgehen kann.

Ein »Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen« (Altvater)⁴ ist also eine durchaus wahrscheinliche Option. Die Frage wird weniger lauten, ob es zu grundlegenden Veränderungen kommt oder nicht, sondern ob diese in einem geplanten Übergang oder in einer schockartigen Krise umgesetzt, autoritär aufgeherrscht oder gesellschaftlich vereinbart werden, sich an den Interessen von Eliten oder von gesellschaftlichen Mehrheiten orientieren.

In Lateinamerika wird vor diesem Hintergrund schon länger ein grundlegender gesellschaftlicher Wechsel propagiert. Dass der von den Regierungen Venezuelas, Boliviens und Ecuadors proklamierte »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« als antikapitalistische Alternative verstanden wird, stellt einen bemerkenswerten Paradigmenwechsel dar, materialisiert sich – wie wir in diesem Buch zeigen wollen – bislang aber kaum in praktischer Politik. Doch wie kam es zu diesem Diskurswechsel der Politik?

³ Crouch, C. (2005): Postdemokratie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

⁴ Altvater, E. (2006): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen: Eine radikale Kapitalismuskritik. Wiesbaden: Westfälisches Dampfboot.

Um die Entwicklung in Lateinamerika zu verstehen, muss man zunächst berücksichtigen, dass den Wahlerfolgen anti-neoliberaler Präsidentschaftskandidaten soziale Aufstände und breite gesellschaftliche Widerstandsbewegungen vorausgingen. Seit Ende der 1980er Jahre hat es auf dem Subkontinent Dutzende von Revolten gegen das politische und ökonomische Regime des Neoliberalismus gegeben. Auslöser dieser Unruhen waren die Sparprogramme des Internationalen Währungsfonds, die (aus der Öffnung der Ökonomien gegenüber dem Weltmarkt resultierende) soziale und wirtschaftliche Deregulierung, der Ausverkauf von Rohstoffen an transnationale Konzerne und die damit verbundene Zerstörung traditioneller Lebensräume.

Diese Serie von Aufständen relativiert die Bedeutung der Linksregierungen in Lateinamerika: Ohne die Plünderungen des »Caracazo« 1989 und dem von sozialen Bewegungen erzwungenen Kollaps des politischen Systems in den 1990er Jahren wäre der linksnationalistische Offizier Hugo Chávez 1998 nie zum Präsidenten gewählt worden. Ähnlich auch in Ecuador, wo sich populäre Bewegungen, meist unter Führung der Indígena-Organisation CONAIE, zwischen 1990 und 2001 fünf Mal gegen die Regierung erhoben und die neoliberalen Programme blockierten, und in Bolivien, wo eine Kette von Insurrektionen zwischen 2000 und 2005 dafür sorgte, dass das Land von den traditionellen Eliten nicht mehr regiert werden konnte.

Es ist also keineswegs so, dass die Regierungswechsel gesellschaftliche Veränderungen, sondern umgekehrt, dass gesellschaftliche Prozesse Regierungswechsel möglich gemacht haben.

Vor diesem Hintergrund fällt die Bilanz der Linksregierungen widersprüchlich aus. Zwar haben verfassunggebende Versammlungen in Venezuela, Ecuador und Bolivien neue Formen der Demokratie denkbar gemacht und den Geist der liberal-repräsentativen Demokratie, die im 18. und 19. Jahrhundert als Demokratie *einer* Klasse und *eines* Geschlechts entstand und insofern von jeher von Ausschlussmechanismen gegenüber der »Plebs« durchzogen war, gebrochen. Doch im politischen Alltag werden partizipative, direktdemokratische und gemeinschaftliche Formen der Demokratie häufig von den klientelpolitischen Praktiken neuer und alter Staatlichkeit konterkariert.

Ähnlich auch die ökonomische Entwicklung: Der Neoliberalismus mag in Teilen Lateinamerikas besiegt erscheinen, doch das herrschende Entwicklungs- und Akkumulationsmodell steht nicht zur Disposition. Der »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« beschränkt sich darauf, der fortschreitenden Inwertsetzung sozialer Beziehungen mit einer – ebenfalls problematischen – Stärkung des Interventionsstaats zu begegnen. Durch mehr Sozialpoli-

tik, die staatliche Kontrolle von Rohstoffvorkommen bzw. Schlüsselindustrien sowie die politische Inklusion bislang marginalisierter Bevölkerungsgruppen will man die Gesellschaft demokratisieren. Dabei lässt man jedoch außer Acht, dass der Staat selbst – nicht nur in Lateinamerika – eine von Klientelismus durchzogene und von Korruptionslogiken deformierte Herrschaftseinrichtung ist.

Zusammengefasst gehen wir von drei Grundthesen aus:

1) Die neueren Transformationsprozesse in Lateinamerika stellen einen Bruch mit der klassischen Dichotomie »Reform vs. Revolution« dar. Wir schlagen vor, dass man von einer spezifischen Verbindung von Bruch, Kontinuität und Transformation ausgehen sollte. Der *Bruch* wird dabei von den anti-neoliberalen, nicht-militärischen, aber durchaus militanten Aufständen repräsentiert, wie sie viele Länder Lateinamerikas in den vergangenen zwei Jahrzehnten erschütterten. Der *Kontinuitätsmoment* kommt darin zum Ausdruck, dass die Regierungswechsel innerhalb bestehender politischer Systeme stattfanden und – durchaus zur Überraschung der Beteiligten – von den traditionellen Eliten und den jeweiligen Regierungen in Washington mehr oder weniger zähneknirschend akzeptiert wurden. Dass sich dann aber anders als bei sozialdemokratischen Regierungswechseln in Europa auch tatsächlich *Transformationsperspektiven* eröffnet haben, war vor allem den verfassungsgebenden Prozessen geschuldet, die eine Neugründung der Politik, sozusagen eine zweite republikanische Revolution, ermöglichten.

Diese Betrachtungen sind für eine allgemeine Diskussion über Transformationsstrategien von einiger Bedeutung, zeigen sie doch, dass ein Politikwechsel erst *nach* sozialen Aufständen möglich wurde und vor allem in Form eines Verfassungsprozesses (was auf Negris Thesen zur konstituierenden Macht verweist) vonstattenging.

2) Trotz der revolutionären Rhetorik fallen die realen Veränderungen deutlich bescheidener aus, als Anhänger und Feinde der Linksregierungen gemeinhin unterstellen. So hat es zwar einen Bruch mit der neoliberalen Doktrin gegeben, aber Alternativen zur exportorientierten Ressourcen-Ausbeutung, repräsentativer Demokratie oder kapitalistischer Marktförmigkeit haben sich bislang kaum herausgeschält. Der »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« ähnelt in dieser Hinsicht eher einer mit radikal-antimperialistischer Rhetorik untermauerten Wohlfahrtspolitik.

3) Die Blockaden und Widersprüche in den Prozessen verweisen darauf, dass soziale Emanzipation nie vorrangig von administrativ-staatlicher Macht ausgehen kann, sondern sich aus der Mobilisierung der Gesellschaft entwickeln muss. Allerdings zeigt sich auch, dass staatliche Politik – ob erwun-

genermaßen oder aus Überzeugung, ist zweitrangig – gesellschaftliche Prozesse maßgeblich fördern kann. In diesem Sinne ist es nicht gleichgültig, dass in Venezuela und Bolivien (der Fall Ecuador ist weit weniger klar) heute Linksregierungen im Amt sind. Doch auch der linksregierte Staat steht den realen demokratischen und sozialistischen Transformationen meist eher im Weg, als dass er sie vorantreiben würde.

Diese drei Arbeitsthesen dienten auch als Ausgangspunkt für eine internationale Konferenz, die wir im Mai 2011 in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Nationaluniversität Kolumbiens in Medellín organisiert haben und die den Titel »Andere mögliche Welten? Die Konstruktion alternativer Politiken durch Regierungen und soziale Bewegungen in Lateinamerika« trug. Unsere Fragen lauteten: Welche wirtschaftlichen und politischen Alternativen gibt es im Hinblick auf die Krisen der Gegenwart überhaupt? Wie ist die Rolle der alternativen Regierungen in Lateinamerika zu bewerten und wie erklären sich die Spannungen zwischen ihnen und indigenen, popularen und sozialen Bewegungen? Welche alternativen politischen Akteure könnten gestärkt werden und welche Strategien sind denkbar, wenn der Staat als Hauptträger eines gesellschaftlichen Befreiungsprozesses ausscheidet?

Das vorliegende Buch beruht im Wesentlichen auf den während der Konferenz gehaltenen Referaten und ist im Februar 2012 zunächst auf Spanisch erschienen. Neu hinzugekommen sind Aufsätze von Joachim Hirsch über »radikalen Reformismus« und die empirische Untersuchung von Aaron Tauss über besetzte Fabriken in Argentinien. Die inhaltliche Struktur der Konferenz haben wir beibehalten. So wird im ersten Abschnitt der Komplex »Repräsentationskrise, Staatlichkeit und neue demokratische Subjekte« verhandelt, d.h., es werden Fragen zur Demokratisierung und Horizontalisierung der Macht gestellt, die über das – sowohl vom bürgerlichen Staat als auch von der traditionellen Linken verteidigte – Konzept der Repräsentation hinausreichen.

Im zweiten Teil des Buchs, der den Titel »Alternative Entwicklung, Solidarökonomie und Gemeineigentum« trägt, geht es um eine kritische Auseinandersetzung mit Wachstumsmodellen, alternativen Formen produktiver Kooperation und einer Bilanz der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Links- und Mitte-Links-Regierungen in Lateinamerika.

Danksagung

Abschließend möchten wir uns bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Nationaluniversität Kolumbiens in Medellín für die finanzielle und moralische Unterstützung bei der Veröffentlichung dieses Buchs ganz herzlich bedanken, im Besonderen bei Miriam Lang, der Leiterin des Anden-Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Quito. Dank gilt weiterhin auch Luisa Lopez, Martin Molina, Daniel Pardo und Jonathan Piedrahita, die als Mitglieder unserer Forschungsgruppe die spanische Ausgabe des Buchs mitbetreut und wichtige inhaltliche Anregungen gegeben haben, der lateinamerikanischen Arbeitsgruppe »Más allá del desarrollo« (Jenseits der Entwicklung), deren Diskussionen dieses Projekt stark beeinflusst haben, sowie den Lektoren des VSA: Verlags, die uns bei der Überarbeitung der deutschen Fassung unterstützten.

Autorinnen und Autoren

Elmar Altvater ist emeritierter Professor für Politische Ökonomie an der Freien Universität Berlin und arbeitet seit vielen Jahren zum Verhältnis von Ökologie, Kapitalismuskritik und Globalisierung. Altvater sitzt im wissenschaftlichen Beirat von ATTAC-Deutschland.

Andrés Antillano ist Soziologe, Kriminologe und langjähriger Basisaktivist der venezolanischen Stadtteilbewegung. Er unterrichtet an der Universidad Central de Venezuela und war zuletzt an der Ausarbeitung einer radikalen Polizeireform in seinem Land beteiligt.

Patricia Chávez ist Soziologin und Doktorandin der Universidad Mayor de San Andrés in La Paz/Bolivien. Als Indígena und Feministin ist Chávez aktiv im Frauenkollektiv *Mujeres Samka Sawuri*.

Jairo Estrada, Ökonom und Sozialhistoriker, ist langjähriger Aktivist der kolumbianischen Linken und Professor für Politikwissenschaften der Nationaluniversität Kolumbiens in Bogotá.

Joachim Hirsch, emeritierter Professor für Politikwissenschaften der J.W. Goethe-Universität in Frankfurt, gilt als einer der renommiertesten Vertreter materialistischer Staatskritik.

Klaus Meschkat ist emeritierter Professor für Soziologie an der Leibniz-Universität Hannover, arbeitet seit vielen Jahrzehnten in und zu Lateinamerika und ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von ATTAC-Deutschland. In den 1960er Jahren forschte er, damals noch Doktorand mit Osteuropaschwerpunkt, zur Darstellung der Pariser Commune in der sowjetischen Geschichtsschreibung. Anfang der 1970er begleitete er die Entwicklung von Räten in den Industriegürteln Chiles während der Allende-Regierung.

Leopoldo Múnera, Politikwissenschaftler und Rechtsphilosoph. Múnera, der den sozialen Bewegungen und der popularen Bildungsarbeit in Kolumbien seit Jahrzehnten eng verbunden ist, lehrt Politikwissenschaft und politische Philosophie an der Nationaluniversität Kolumbiens in Bogotá.

Pablo Ospina, Historiker und Anthropologe, lehrt an der Universidad Andina Simón Bolívar in Quito. Als Aktivist forscht er zu revolutionär-refor-

mistischen Transformationsansätzen und zur Umsetzung einer radikalen Landreform in Ecuador.

Christian Siefkes lebt als Informatiker in Berlin. Als Entwickler beteiligt er sich an der Freie-Software-Bewegung und diskutiert, u.a. auf <http://www.keimform.de>, über die politische Dimension digitaler Gemeingüter.

Aaron Tauss stammt aus Österreich und ist Professor für Politikwissenschaften an der Nationaluniversität Kolumbiens in Medellín.

Raul Zelik ist Professor für Politikwissenschaften an der Nationaluniversität Kolumbiens und lebt in Berlin und Medellín.

